

Anmerkungen zu Cornelia Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter¹

„Ein großer Wurf“ notiert die *FAZ*. Das Buch von Cornelia Koppetsch ist in aller Munde und jetzt schon ein soziologischer Bestseller. „Dieses Buch“, so schreibt Cornelia Koppetsch in ihre Einleitung, sei „der Versuch einer Soziologin, sich einen soziologischen Reim auf den Aufstieg der neuen populistischen Rechtsparteien zu machen – keinen politischen und auch keinen sozialwissenschaftlich akribischen, sondern einen, der folgende Fragen stellt: Wie konnten reaktionäre und autoritäre Tendenzen in einer Gesellschaft erstarken, die sich auf dem Höhepunkt des Friedens, der Aufklärung und des Fortschritts glaubte? Was können wir durch die Brille der Mobilisierungsursachen der neuen Rechtsparteien über die heutige Gesellschaft und ihre Spaltungen erfahren? Und welche Umrüstungen von Gesellschaftserzählungen und theoretischen Erkenntniswerkzeugen sind dazu notwendig?“ (9)

Gegenüber gängigen Erklärungsversuchen wolle Koppetsch einen alternativen Ansatz entwickeln, „der die strukturellen Ursachen für den Aufstieg der neuen Rechtsbewegungen als Folge eines bislang noch *unbewältigten epochalen Umbruchs*“ (14) betrachte. Es handele sich dabei „um die im Mauerfall kulminierende Neuausrichtung westlicher Gesellschaften von einer im nationalen Rahmen verankerten Industriemoderne“ hin zu einer Ordnung, die Koppetsch „als *globale Moderne* bezeichnet“ und die, da folgt sie der bekannten US-amerikanischen Philosophin und Feministin, Nancy Fraser, kulturell durch das Regime des *progressiven Neoliberalismus*

abgestützt“ werde. Die „tonangebenden progressiven Kräfte, die sich gegenwärtig für Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und die Rechte sexueller Minderheiten“ engagierten, so Koppetsch weiter, stünden „faktisch im Bündnis mit den wissensintensiven Ökonomien der Finanzindustrie, des Silicon Valley und des *New Public Management* an Universitäten, Schulen und öffentlichen Verwaltungen“, eine Argumentation, die wir bereits von Marc Lila², Donald Trump, Marine Le Pen, Sarah Wagenknecht,³ Bernd Stegmann,⁴ Sigmar Gabriel oder von Alexander Gauland⁵ kennen.

Ein Großteil der Linken sei, so Koppetsch, „Wegbereiter der herrschenden Verhältnisse in einer sich globalisierenden Gesellschaft“ (85), denn liberale Werte und soziale Ungleichheit seien zwei Seiten derselben Medaille, eine Sichtweise, die Koppetsch mit den nationalistischen Linken und Rechten teilt. Wie die Sprecher von „Aufstehen“ behauptet Koppetsch, gebe es bis heute „keine im etablierten Spektrum angesiedelten Gruppen oder Parteien, die den Neoliberalismus“ (90) bekämpften oder ernsthaft in Frage stellten. Auch die Grünen werden neoliberal verortet. Nimmt man aber Ökologie und Nachhaltigkeit ernst, so verbietet diese Grundüberzeugung es Ökologen, neoliberal zu sein. „Das Primat des Marktes“ sei, folgert der Grüne Jürgen Trittin, „unvereinbar mit dem Schutz globaler Gemeinschaftsgüter.“ Es bedürfe des „Primats des Menschen, der Demokratie, um den Markt im Sinne der Gemeinschaftsgüter zu begrenzen und zu nutzen.

Weshalb die Grünen, von einer Phase marktradikaler Irrungen abgesehen, wirtschaftspolitisch immer Öko-Keynesianer gewesen“ seien, so Trittin. Ökologie ist ein globales Gerechtigkeitsthema.⁶ Versteht man diese grüne Erzählung, wird deutlich, dass sich hinter den grünen Ideen von Freiheit und Ökologie, Republik und Sozialstaat kein Neoliberalismus verbirgt.

Während also die Linke nach Auffassung der Autorin im Neoliberalismus verstrickt sei und „die bestehende Gesellschaftsform in die Zukunft fortschreiben“ wolle, prange die Rechte nicht nur die „ökonomischen Verhältnisse“ an, sondern greife „das gesamte sozialmoralische und kulturelle Fundament an, auf dem die globale Moderne“ beruhe. Dieses basiere, so zeige es der „politische Philosoph Jean-Claude Michéa (2014), auf zwei Säulen: zum einen auf einer wirtschaftsliberalen Säule des radikalen und deregulierten Wettbewerbs [...] und zum anderen auf einer links- bzw. kulturliberalen Säule, die für kulturelle Vielfalt, Partizipation und die Förderung subjektiver Rechte und Werte in ihrer Verschiedenartigkeit“ eintrete. Dieser „doppelte Liberalismus“ sei „von den 1990er-Jahren bis zur Gegenwart das dominierende politische Paradigma“ und umspanne „ein großes politisches Spektrum der Mitte-links- bis Mitte-rechts-Parteien und -bewegungen.“ (83) Der „Wunsch nach Einzigartigkeit“ sei „offensichtlich größer als der Wunsch nach Kollektivismus und Solidarisierung,“ (90) kommentiert Koppetsch.

In der Einleitung zu ihrem Buch beschreibt Koppetsch die Strukturmerkmale der Globalen Moderne. Die 1989 eingeleitete Phase der Globalisierung zeichne sich durch ihren *umwälzenden* Charakter und die *Gleichzeitigkeit des Wandels* von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus. (16) Als

zweiten wesentlichen „Aspekt des epochalen Globalisierungsschubes der Gegenwart“ bezeichnet sie den „Souveränitätsverlust von Nationalstaaten“ und den „Dominanzgewinn ökonomischer gegenüber politischen Akteuren“. (16) Ein drittes, damit zusammenhängendes Merkmal stelle „der Aufstieg der *global cities* zu transnationalen Steuerungscentren“ (17) dar; ein Begriff, der von der weltbekannten Stadtsoziologin Saskia Sassen bereits in den 1990er Jahren geprägt wurde. „Spiegelbildlich zum Aufstieg metropolitaner Zentren“ sei es „zur Entleerung und Verödung ganzer Landstriche in ländlichen Regionen, d.h. zur Herausbildung neuer Peripherien inmitten Europas, gekommen“, wie etwa auch in Ostdeutschland. „Die „Ankunft von Migranten“ verstärke „die demografische Melancholie in diesen Regionen und das Bedürfnis, zu den Strukturen des Industriezeitalters zurückzukehren.“ (18) Als „viertes Strukturmerkmal der globalen Moderne“ nennt Koppetsch „die *Transnationalisierung* sozialer Ungleichheitsverhältnisse“. Am oberen Pol befänden „sich Gruppen, die als Globalisierungsgewinner verstanden“ werden könnten. Dazu gehöre „die kleine Elite der Superreichen“ und „die relativ breite Schicht der Kosmopoliten in den Kultur- und Wissensökonomien der *global cities*, die weder emotional noch ökonomisch übermäßig an einen spezifischen Nationalstaat gebunden“ sei. (18) Spiegelbildlich fänden „sich am anderen Pol der sozialen Hierarchie unterschiedliche unterprivilegierte Gruppen ebenfalls zu einer transnationalen Klasse“ zusammen. Dieses „transnationale Unten“ habe „die traditionelle Arbeiterklasse abgelöst“ und sei „heterogener, als diese es“ gewesen sei. (19) Es zeichne sich, meint Koppetsch, „immer deutlicher eine zent-

rale Spaltungsachse innerhalb der Mittelschicht“ ab: Die „akademisch ausgebildete urbane Mittelschicht“ werde „zunehmend in die globale Oberschicht integriert, während die in den Regionen und Kleinstädten angesiedelte mittlere und untere Mittelschicht“ ein unbedingtes Interesse am Erhalt eines exklusiv nationalen Wirtschafts- und Wohlfahrtsraums“ habe, „notfalls auch durch Abkopplung von der Globalisierung.“ (20) Schließlich hätten, „als ein fünftes Strukturmerkmal der globalen Moderne, auch politische Steuerungskonzepte die nationalstaatlichen Grenzen transzendiert.“ (22)

Koppetsch folgt in ihrer Studie dem US-amerikanischen Ökonomen Richard Florida (*The Rise of the creative class*, 2002) und dem englischen Publizisten David Goodhart (*The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics*, 2017). Goodhart meint eine neue Ursache für den Aufstieg des rechten Nationalismus gefunden zu haben. In der globalen Moderne, so Goodhart, seien zwei neue „Meta-Klassen“ entstanden, zwei radikal verschiedene Lebensweisen- und kulturelle Einstellungen, Optionen, Chancen und Einfluss. Diese Separat-Kulturen, so Goodhart, würden nun in einer Art neuen Klassenkampf gegeneinander antreten: Stadt gegen Land, Heimatverbundene gegen Kosmopoliten. Wie Koppetsch vertritt auch Goodhart die These von der Arroganz, ja Verachtung der Kosmopoliten gegenüber den provinziellen „Somewheres“. In dem 2013 veröffentlichten Buch *The British Dream* wendet Goodhart sich gegen massenhafte Zuwanderung. Der ehemalige Vorsitzende der Kommission für Gleichstellung und Menschenrechte, Trevor Phillips, warf Goodhart vor, ein „liberaler Powellit“⁷ zu sein. Wie für Goodhart geht auch Koppetsch

zu viel Diversität zu Lasten der Solidarität. Der Soziologe Andreas Reckwitz beziffert in seiner Studie *Die Gesellschaft der Singularitäten* (2017), wie Florida und Goodhart, den Anteil der neuen Klasse auf ca. dreißig Prozent der Bevölkerung.

Die *zentrale These* von Cornelia Koppetsch lautet, „dass der Aufstieg der Rechtsparteien eine aus unterschiedlichen Quellen gespeiste Konterrevolution gegen die Folgen der skizzierten Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse“ darstelle. Ihr Aufstieg resultiere „aus einem *kollektiven emotionalen Reflex* auf Veränderungen, die bereits vor längerer Zeit in die Gesellschaft eingesickert“ seien. Der Rechtspopulismus sei in den Augen Koppetschs „eine Reaktion auf eine Zeitenwende.“ (23) Die „Ursachen dieses nach rechts gerichteten Mentalitätswandels“ könnten, so Koppetsch, „am besten verstanden werden, wenn man sie als Folge der Umkehrung der durch 1968 markierten Entwicklungstrends“ begreife. (53) Im „Gegensatz zu 1968“ sei „die neue politische Rechte nicht an universellen Werten und Beziehungen orientiert“. Sie betone vielmehr „den Vorrang des Kollektivs gegenüber dem Individuum und die Idee gleichsam ›heiliger‹ Ideale und Traditionen, die nicht angetastet oder hinterfragt werden“ dürften, wie Familie, Gemeinschaft und Nation. Sie strebten eine „Umkehrung der durch die sozialen Gegenbewegungen von 1968 bewirkten Veränderungen an.“ (46) Die „Suche nach alten und neuen Gewissheiten, nach alten und neuen Gemeinschaften, die zumeist das Gegenteil des liberalen Modells der ›offenen Gesellschaft‹ im Sinne Karl Poppers (2003)“ darstellten, werde „für die neuen Rechtsbewegungen strukturbildend.“ (48) Die Anhänger der Rechtsparteien rekrutierten sich nach Koppetsch

„schwerpunktmäßig aus den *konservativen* Fraktionen in Ober-, Unter- und Mittelschichten, deren Wertorientierungen und Lebensformen durch den Aufstieg des Kulturkosmopolitismus an den Rand gedrängt worden“ seien. Behauptet werde, „man wolle den moralischen Maßstäben einer ›gesellschaftlichen Mehrheit‹ gegen die vorgebliche Vorherrschaft von kosmopolitischen Minderheiten (darunter wahlweise etwa Karrierefrauen, Homosexuelle oder Migranten) wieder zu ihrem Recht verhelfen.“ (25)

Die „Kernthese, dass Rechtspopulismus einen emotionalen Reflex auf einen Epochenbruch darstellt, sowie ihre drei Dimensionen der Re-Nationalisierung, Re-Souveränisierung und Re-Vergemeinschaftung“ werden von Koppetsch in den acht Kapiteln ihrer Studie genauer beleuchtet. Hier folgt nun eine kurze Übersicht. (25) Die AfD, so Koppetsch, könne einerseits „ähnlich wie Trump und der Brexit, durchaus als Angstbewegung verstanden werden, die sich auf der Basis eines katastrophischen Erwartungshorizontes in der globalen Moderne“ formiere: „Angst etwa vor dem Verfall der Währung, vor Terrorismus und vor einem schwachen Staat, der vor Fremden nicht mehr schützen“ könne. (250) Andererseits provoziere ihr „Aufstieg bei ihren politischen Gegnern aus dem liberalen Lager“ ebenfalls Ängste, nämlich Ängste vor Demokratieverlust“. (251) Die „Ängste vor dem Wiederaufleben autoritärer Bewusstseinsformen und Demokratieverlust“ seien keineswegs unberechtigt: „So fördere der Rechtspopulismus den „Niedergang des antifaschistischen Konsenses der Nachkriegszeit“. Gleichwohl plädiert Koppetsch für einen ›liberalen‹ Umgang mit dem Rechtspopulismus, für den „die Bearbeitung dieser Ängste nicht unwesentlich“ sei. (250)

Die „Angstreaktionen, die der Aufstieg der AfD in den liberalen Milieus hervorruft“, glichen sich denen „ihrer politischen Gegner oftmals bis aufs Haar“ an. Koppetsch fordert die liberalen Milieus auf, in der AfD mehr als eine undemokratische Partei zu sehen, die mit allen Mitteln bekämpft werden“ müsse. (252) Nationale Identität sei in den Augen Koppetschs „nicht aus sich selbst heraus ein faschistisches Motiv“. Auch „sozialistische Befreiungsbewegungen – etwa in postkolonialen Gesellschaften“ – hätten sich „eines Narrativs nationalistischer Kollektivität“ bedient, bemerkt Koppetsch, ohne diese in ihren Zeithorizont und politisch einzuordnen. Solange „Lebenschancen nach wie vor durch Staatsbürgerschaften, d.h. über eine Art »Lotterie der Geburt«, vergeben“ würden, sei „es nur rational, wenn Menschen“ glaubten, „dass ›ihr‹ Staat überlegen“ sei und „gegenüber Zuwanderern und Außenstehenden geschützt werden sollte“ (199) Schließlich sei nach Koppetsch „die Pauschalverurteilung der Agenda der AfD auch deshalb problematisch, weil damit nicht nur die Partei, sondern auch die von ihr angesprochenen gesellschaftlichen Problemzusammenhänge, also Themen wie Migrationspolitik, demografische Entwicklung oder Solidarität und Zusammenhalt, mit Tabus belegt und gleichsam ›ausgebürgert‹ werden“ würden. (253) „Vieles“ spreche, so Koppetsch, „gegen die grundsätzliche Begrenzung der Zuwanderung und gegen nationalen Protektionismus, aber dieses sollten Positionen sein, die innerhalb des etablierten politischen Rahmens diskutiert werden können. „Wer sie für irrational oder moralisch unzulässig“ halte, meint Koppetsch weiter, entziehe „sie dem politischen Diskurs.“ (253) Eine Argumentation, die befremdlich wirkt, wenn man die zeitwei-

se pausenlose mediale Präsenz von Sprechern der AfD seit ihrer Gründung 2013 in Erinnerung ruft. Erst kürzlich noch behauptete ein AfD-Lokalpolitiker beim Bürgerdialog, Frau Merkel habe Deutschland in eine Diktatur geführt, als AfDler könne man seine Meinung nicht frei sagen. Zum Schluss nennt Koppetsch drei Irrtümer im Umgang mit dem „rechten Populismus“. Der „erste Irrtum der bürgerlichen Lager“ bestehe darin, „dass sie nicht glauben“ könnten, „dass ein weiterer Vormarsch des Rechtsautoritarismus die Welt, an der sie hängen, weil sie in ihr ordentlich bis sehr gut, jedenfalls überdurchschnittlich leben, *zerstören* könnte, wenn sie diese nicht politisch verteidigen.“ Deshalb könne eine „Fortschreibung neoliberaler Postpolitik“ sich langfristig als politisch naiv erweisen.“ (253) Der „zweite Irrtum des liberalen Lagers, insbesondere des linksliberalen Lagers“, bestehe in der Überzeugung, dass die autoritären Protestbewegungen *eigentlich links und progressiv*“ seien. Wie an vielen anderen Stellen auch, lässt Koppetsch hier offen, wen sie hier meint. Als Repräsentantin des „linksliberalen Lagers“ nennt Koppetsch Nancy Fraser, die behaupte, „dass die »Mehrheit der Trump-Wähler [...] weder Rassisten noch in der Wolle gefärbte Rechte“ seien, „sondern Opfer des manipulierten Systems«, eine Position, die auch Sarah Wagenknecht, Alexander Gauland, Jeremy Corbyn oder Jean-Luc Mélenchon vertritt. Obwohl sich Koppetsch von Fraser distanziert, unterscheidet sie auch zwischen den wenigen bösen Rechten und den verführten vielen AfD-Wählern, die richtige Fragen stellten und denen man ihre Ängste nehmen müsse, indem man auf sie zugehe. Der dritte Irrtum bestehe nach Koppetsch darin, dass sich „das liberale Bürgertum zumeist nicht

vorstellen“ könne, dass „die rechtspopulistischen Protestbewegungen *andere als ökonomische* Interessen“ verfolgten. Im Mittelpunkt „der rechtspopulistischen Klassenkämpfe“ stehe „nicht das Materielle, sondern der Kulturkonflikt, d.h. der Kampf um Anerkennung, Würde, Macht und Einfluss“. (255)

Die „beste Maßnahme gegen das in manchen Bevölkerungsgruppen grassierende Katastrophenbewusstsein“ sei nach Koppetsch eine „*zukunftsorientierte* Politik“. Hier muss man ihr uneingeschränkt zustimmen. Solange jedoch „bürgerliche Parteien“ keine „stichhaltigen politischen Visionen hinsichtlich der Gestaltung zukünftiger Entwicklungen“ aufzeigten, so lange könne „die AfD für sich allein reklamieren, die Zukunftsängste der Bürger aufzugreifen.“ (256)

Obwohl Koppetsch selbst keine Elemente einer „zukunftsorientierten Politik“ nennt, nimmt sie zum Ende ihrer soziologischen Studie nicht unerwartet zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wie folgt Stellung: „Heute dagegen werde sichtbar, dass über das Schicksal des westlichen Liberalismus und die Entwicklung Europas im 21. Jahrhundert nicht mehr allein der Westen, sondern die Aufnahme der legal oder illegal in die Europäische Union kommenden Migranten bestimmen könnte“ (257). „Problematisch an der bisherigen politischen Konzeption der Bewältigung der sogenannten Flüchtlingskrise“ wäre nicht nur, dass „die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 sich zur Bewältigung als ungeeignet“ erwiesen habe, „problematisch“ sei „vor allem die mangelnde Bereitschaft der bürgerlichen Parteien, die Migration und deren Folgen zum Gegenstand einer öffentlichen politischen Auseinandersetzung zu machen und an deren Stelle die bloße Be-

hauptung zu setzen, die Politik der Grenzöffnung sei für alle Beteiligten von Vorteil (eine ›Win-win-Situation‹). Dies sei „ein zentraler Auslöser für den Wandel der politischen Landschaft und eine Ursache dafür, dass der Liberalismus in den Augen mancher als heuchlerisch“ erschien. Unklar bleibt, welche bürgerlichen Parteien und Debatten Koppetsch hier meint. Die öffentlichen Auseinandersetzungen, spätestens seit 2016, waren doch vor allem durch den Disput zwischen CDU und CSU geprägt. Getrieben von den populistischen Empörungswellen ging es ihnen um Obergrenzen und darum, die Rechte der Flüchtlinge zu beschränken. Sie waren so heftig, dass die Regierungskoalition zu scheitern drohte.

Mittlerweile, so Koppetsch, würden auch Liberale bezweifeln, dass es möglich sei, „*alle* Asylsuchenden aufzunehmen und gesellschaftlich zu integrieren“. Außerdem seien Liberale heute „in dem Dilemma gefangen, dass sich die von ihr behauptete universelle Geltung der Menschenrechte nicht mit den eigenen exklusiven Privilegien in wohlhabenden Gesellschaften vereinbaren“ lasse. (257) In der Konsequenz laufen diese Gedankenspiele auf die Anpassung der Genfer-Flüchtlingskonvention an die „neuen Realitäten“ und auf die Verabschiedung der offenen Gesellschaften in Europa hinaus. Befremdlich ist, dass Koppetsch bis in die Wortwahl rechtsnationale Narrative meist unkritisch übernimmt wie z.B., dass Liberale je gefordert hätten, „*alle* Asylsuchenden aufzunehmen und gesellschaftlich zu integrieren“. Sollen wir uns auf österreichische Verhältnisse einstellen?

Diskussion

Mit ihren Ausführungen und ihrer Methode der theoriegeleiteten Empathie will Koppetsch zeigen, „dass die Wähler der populistischen Rechtsparteien nicht nur in emotionalen Abwehrreflexen gefangen sind, sondern darüber hinaus auch nachvollziehbare Gründe für die Zurückweisung liberaler Gesellschaftsbilder, emanzipatorischer Politikmodelle und linksliberaler Eliten“ hätten. (257) Ihr „Interesse an der Begrenzung von Zuwanderung, an der Zurückdrängung kosmopolitischer Lebensformen oder an der Wiederherstellung nationalstaatlicher Souveränität“ sei rational, weil sie einer Gesellschaftsordnung entgegenstünden, „in der ihnen kulturell oder politisch der Boden unter den Füßen weggezogen“ werde. Koppetsch verteidigt hier nicht nur rechtsnationalistische Sichtweisen, sondern ergreift auch Partei, wenn sie Ressentiments auf „die da oben“ schürt. So entziehe „etwa die zunehmende Berufung der Regierung auf politikfernes Expertenwissen der Bevölkerung Teile ihrer demokratischen Entscheidungsgewalt.“ Koppetsch übernimmt die in rechten und linken Kreisen populäre Elitenschelte, die sie auf die wissenschaftliche und kulturelle Elite zuspitzt. Sie begibt sich damit nicht nur auf gefährliches Terrain, sondern sät zudem Zweifel an den Prozessen demokratischer Entscheidungsfindung und lässt zivilgesellschaftliches Engagement in ein schiefes Licht geraten.

An die „Stelle demokratischer Entscheidungsfindung“ trete, so Koppetsch, „also zunehmend eine primär auf Wissenschaft gestützte, welche Akademiker“ privilegiere und akademische Bildung zur Voraussetzung politischer Partizipation“ mache. Die daraus entstehenden Mentalitäten enthielten „eine spezifische Grundbotschaft: *Die Gesellschaftsordnung ist nicht verhandelbar und verlangt unbedingte Anpassung und Unterordnung.*“ (56) Die-

se Botschaft habe zu einem „Glaubwürdigkeitsverlust liberaler Demokratien geführt und die Gesellschaft mit performativen Selbstwidersprüchen durchsetzt“. Neben der „Re-Etablierung zentralisierter Kontrollapparate in Betrieben, in Organisationen und im Politikbetrieb“ fänden sich „Anzeichen einer neuen Rigidität auch im Alltagsleben“, wie „die Ausrichtung an Vorstellungen gesunder Ernährung, sportliche Betätigung oder die Überwachung des Körpergewichtes, das Schwinden der Fähigkeit, Widersprüche und Mehrdeutigkeiten auszuhalten.“ Die „strikten Rauchverbote im öffentlichen Raum“ zeugten „von einer neuen Rigorosität, einer Sucht nach Bereinigung.“ (56) Es seien „Praktiken der ›reinen Vernunft‹, die dem Alltagsleben eine neue Rigidität“ verliehen. (57) Man könnte meinen hier spricht nicht eine linksliberale Sozialwissenschaftlerin, sondern jemand von der FDP oder gar von der AfD, der mit den Grünen eine Rechnung begleicht, obwohl die Grünen doch bislang nicht den Bundeskanzler stellten und weder über die gesunde Ernährung noch über die sportliche Betätigung der Menschen entscheiden können und wollen.

Mit ihrer Methode der „theoriegeleiteten Empathie“ rutscht Koppetsch in die Nähe rechtsnationalistischen Denkens, wenn sie, wie die Neue Rechte, an den Werten der liberalen Demokratie rüttelt, für die Begrenzung des Asylrechts und des Einflusses der kosmopolitischen Experten in Wissenschaft und Politik plädiert und die Elitenschelte der AfD fortführt, statt sich offensiv für die Verteidigung der Werte unserer offenen Gesellschaft einzusetzen, wozu auch Gesundheit und ein gutes Leben für alle gehört. Koppetsch begibt sich damit in die Nähe von Marc Jongen, Björn Höcke und Alexander Gauland, die alle

von der „Entsiffung“ des links-grünen Kulturbetriebes“⁸ (Jongen) oder von einem Akt der „Vertreibung“ aller aus Politik und Presse, schwadronieren, die nach Meinung Gaulands Merkels Politik „mittragen“.⁹ Klar ist, dass man real existierende Probleme nicht der AfD überlassen darf. Klar ist auch, dass man den Wählern der AfD das Gefühl vermitteln muss, gehört zu werden. Nur bekämpft man nicht die AfD damit, dass man den Liberalismus entkernt und ihn in die Nähe eines Totalitarismus rückt, aber für die Politik der AfD und ihrer Wähler viel Verständnis aufbringt. Das Problem besteht heute doch weniger im Verstehen der rechtsnationalen Rhetorik als in der Tatsache, dass zwischen 15 bis 25 Prozent der Bevölkerung dieser Rhetorik auf den Leim gehen bzw. diese selbst offensiv vertreten, weil sie der Überzeugung sind, nur so könnten ihre Interessen gewahrt werden. Trotz all der Lügen, der Skandale und des Hasses, den ihre Repräsentanten schüren. Hinzu kommt, dass konservative Politiker und Medien zu lange viel Verständnis für rechtes Gedankengut hatten und viele sich inzwischen nicht mehr trauen, den Rechten kritisch entgegenzutreten mit traurigen Folgen. Es sei erinnert an Walter Lübcke, Henriette Reker, Siemens-Chef Joe Kaeser oder den ARD-Journalisten Georg Restle, den Meuthen einen „totalitären Schurken“ nannte. So geht aus der Senats-Umfrage aus dem letzten Jahr hervor, dass 96 Prozent der Berliner Anhänger der AfD mit der Demokratie in Deutschland nicht zufrieden sind. Einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge sind fast zwei Drittel der Ostdeutschen mit der Demokratie nicht zufrieden.¹⁰

Koppetsch will nach eigenen Angaben nicht behaupten, „dass rechte Narrative nicht

auch auf gewaltigen Irrtümern und Verzerrungen“ beruhten. „Wichtig“ sei jedoch, so Koppetsch weiter, „zu sehen, dass dies für *alle* politischen Glaubenssysteme und Ideologien“ gelte, „also auch für linke und linksliberale Gesellschaftsbilder.“ „Politische Wahrheiten“ seien „an soziale Standpunkte gebunden.“ „Auch linksliberale Gesellschaftsbilder“ wurzelten „in spezifischen Kontexten, wo sie ihre ›Wahrheit‹ jeweils für ganz spezifische soziale Gruppen“ entfalten würden. Aus diesem Grund sei „es auch nicht möglich, den Emotionen und Ängsten der Anhänger des Rechtspopulismus allein mit ›Aufklärung‹ zu begegnen.“ (258) „Die Ironie“ bestehe nach Koppetsch „nun darin, dass die Milieus, die sich nach 1968 herausbildeten, allmählich mit dem Bürgertum verschmolzen“ hätten und „ihrerseits hegemonial geworden“ seien. Heute würden „sie selbst zur Zielscheibe des Protests.“ Dadurch falle es „ihren Vertretern nun schwer, eine objektive Sicht auf gesellschaftliche Konflikte, in denen sie selbst Partei ergreifen, zu gewinnen.“ Vielmehr würden „sie ihre Position im ›Establishment‹“ unterstreichen, „indem sie die rechten Protestbewegungen reflexhaft politisch, moralisch oder inhaltlich“ verurteilten oder als »falschen Weg« apostrophierten. Währenddessen werde „wie selbstverständlich davon ausgegangen, all das, was die Unterstützer dieses ›falschen Weges‹“ repräsentierten, „selbst nicht zu sein.“ Es seien, betont Koppetsch, „demnach stets die anderen, die Ressentiments“ pflegten, die „Ausgrenzung von Migranten und Minderheiten“ forcierten oder dem Autoritarismus“ verfielen. Koppetsch fordert, „den gleichsam göttlichen Beobachtungsstandpunkt aufzugeben und die eigenen politischen Überzeugungen als Teil einer herrschenden Meinung zu reflektie-

ren, um zu einer gehaltvollen Analyse der Entstehungsursachen rechter Protestbewegungen zukommen.“ (36)

Unsere liberale und soziale Gesellschaft, Demokratie und Rechtsstaat, der „gleichsam göttliche(n) Beobachtungsstandpunkt“ ist in der Tat laut Grundgesetz nicht verhandelbar. Er wurzelt in den Erfahrungen des Holocaust und steht in der Tradition von Aufklärung und Französischer Revolution. Seine ›Wahrheit‹ gilt nicht „jeweils für ganz spezifische soziale Gruppen“, sondern für alle Bürger und Bürgerinnen in Deutschland. Wer „liberale Gesellschaftsbilder, emanzipatorischer Politikmodelle“ relativiert oder ablehnt und bekämpft, verlässt den Boden unserer normativen Ordnung.

Wie Jean-Claude Michéa in dem 2007 in Frankreich verlegten Essay *Das Reich des kleineren Übels* fordert auch Koppetsch „die Befreiung der (radikalen) Linken vom individualistischen liberalen Geist“ und rückt damit in die Nähe des neurechten Weltbildes. „Sein Ideal ist ein emanzipatorischer – nicht pejorativ zu begreifender – »Populismus«, der sich an einem wertegebundenen »ursprünglichen Sozialismus« orientiert, dessen Grundmaximen »Moral« und »Gemeinschaft« bedeuten und dem der Abschied von Wachstumsideologie und One-World-Streben innewohnt,“ notiert nicht Koppetsch, sondern Benedikt Kaiser in dem neurechten Blog von Götz Kubitscheks *Sezession*. Das klinge, so Kaiser weiter, „in weiten Teilen nach den kapitalismuskritischen Sentenzen Alain de Benoists. Tatsächlich“ zeige „sich Benoist von Michéa begeistert.“¹¹

Toleranz, Liberalität und das Recht auf Asyl sind keine Beiwerke der Demokratie, auf die man verzichten kann, sondern neben Menschenrechten und Rechtsstaat-

lichkeit ihr Kern. Für Koppetsch gibt es als empirische Soziologin keine universelle Vernunftnorm, die der Demokratie a priori vorausgeht. Politik wird weitgehend verkürzt auf soziale Interessen, Sprachspiele, Perspektive und Macht. Ihre Rechtfertigungs- und Prüfinstanz geltender Werte sind vor allem die jeweils wechselnden Interessen sozialer Gruppen. „Politische Wahrheiten“ sind bei Koppetsch an soziale Gruppen gebunden und damit relativ. Aber was ist, wenn man nicht mehr miteinander klar kommt? Angesichts der „Umwertung“ der westlichen Werte durch den US-Präsidenten und seiner europäischen Freunde und der Erosion der theoretischen und praktischen Vernunft durch das Postfaktische stellt sich die Frage nach der Normativität des Politischen. Muss nicht der Werterelativismus versagen, wenn reaktionäre politische Kräfte mit ihren Wahrheitsansprüchen an den Grundfesten der liberalen Demokratie rütteln? Ist „Perception reality“, wie der Berliner Spitzenkandidat der AfD Georg Pazderski am Wahlsonntag im September 2016 behauptete? Die Pluralität garantiert uns in der modernen Gesellschaft zwar die Freiheit, kann aber nicht das letzte Wort sein, wenn es zum Konflikt zwischen entgegengesetzten Werten entgegengesetzter sozialer Gruppen kommt. Losgelöst von Nützlichkeitsabwägungen oder sozialen Interessen formuliert das Bundesverfassungsgericht grundsätzlich: Es versteht die Grundrechte als „objektive Wertordnung“. Auch verbietet das Grundgesetz im Art. 79 Abs. 3 mit der „Ewigkeitsklausel“ jegliche Veränderung der Art. 1 und 20. Wehrhafte Demokratie und Grundrechtstaat sind der sichtbarste Ausdruck des Fazits, das das Grundgesetz aus dem „Trauma Weimar“ gezogen hat. Die Menschenwürde gilt im Grundgesetz als auch

in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte absolut – als „Norm der Normen“. Sie bildet den normativen Rahmen für alle nachfolgenden Menschenrechte. Ohne Bindung des Rechts an einen obersten Wert wie die Menschenwürde kann aus Recht Unrecht werden.

Wir sollten uns denjenigen kritisch entgegenstellen, die die Ängste der Menschen für ihre Zwecke manipulieren und Lügen verbreiten. Hier politisch Stärke zu zeigen, ist nicht die Sache der Kanzlerin. Man muss sich kümmern und überzeugen und mit der noch konservativen Mehrheit in der Gesellschaft darüber streiten, dass wir in einer offenen und sozialen Gesellschaft leben wollen. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, die AfD stelle die richtigen Fragen und hätte auch Antworten. Der Blick der AfD auf die Wirklichkeit ist immer durch ihre ethnische Brille grundiert. Entscheidend ist die Aufgabe der Sündenbocksuche. Wir dürfen nicht vergessen: „Alle politischen Extremisten meinen das, was sie sagen und herausschreien – ob rechts oder links [...] das ist eine Lehre, die wir in peinlichen Lektionen gelernt haben,“¹² schrieb Carl Zuckmayer 1966. Ich bin überzeugt, dass wir die weltweiten Probleme, nur auf der Grundlage universalistischer Überzeugungen erfolgreich bewältigen können. Wenn der UN-Klimabericht sagt, dass bei einer Erwärmung von zwei Grad sich 900 Millionen Menschen auf den Weg machen werden, bedeutet das, dass dies zu einer Stärkung der nationalistischen Bewegung in Europa führt, dann bedeutet das Krieg. Welche Antwort hat die AfD, die den menschengemachten Klimawandel leugnet? Während des Wahlkampfes in Brandenburg wurde Andreas Kalbitz von einem Schüler gefragt, was passiere mit den Menschen, die aufgrund des

Klimawandels ihre Heimat verlören? Etwa Grenzen schließen? „Das kann ich Ihnen sagen,“ erkläre Kalbitz. „Ich stelle mir die Zukunft vor – ohne diese 500 Millionen Menschen!“¹³ Wir müssen den Kampf gegen die Nationalisten intellektuell und politisch offensiv führen. Gegen Nationalismus und Rassismus helfen nicht die Einschränkung unserer liberalen Werte, sondern nur Aufklärung und das Eintreten und die Durchsetzung für die Werte unserer offenen Gesellschaft. Es gibt auch im Westen viel Geschichtsvergessenheit. 87 Jahre nach 1933 müssen wir wieder lauter über das „Nie wieder“ und die Gründe dafür erzählen und politische Bildung und politische Aufklärung betreiben. Wir müssen auch etwas gegen die Abstiegsängste der Menschen und gegen ihre Ängste vor dem Fremden tun und überzeugende Zukunftsmodelle anbieten. Bisweilen fehlt es vielen politischen Akteuren an Mut. Die Politiker der AfD gehören nicht umarmt, sie verdienen es, unaufgeregt kritisiert zu werden. Heute geht es weniger darum, die Wähler der AfD zu verstehen, sondern sie aufzuklären, ihnen deutlich zu machen, dass die Neue Rechte auf brennende Zukunftsfragen keine substanziellen Antworten hat, außer, dass sie eine andere Republik will, wir das aber nicht zulassen werden, weil wir die liberale Demokratie für die bessere Staatsform halten. Gleichwohl muss uns klar sein, dass es sehr schwer ist, Meinungsänderungen bei Menschen zu bewirken, deren Selbstwertgefühl auf der Ausgrenzung anderer beruht.

Fazit

„Kaum jemand erklärt die Umbrüche unserer Zeit so glänzend wie die Soziologin Cornelia Koppetsch“, notiert Adam Soboczynski¹⁴ in der Wochenzeitung *Die Zeit*.

Die „miteinander verknüpften Ursachen an der neuen Spaltungslinie national/international zu verorten ist nicht vollständig neu.“ Die Autorin sei „nicht die erste und einzige, die ihn postuliert. Aber wie das in seinen Konsequenzen bis in die kleinsten gesellschaftlichen Nischen ausgeleuchtet und hoch plausibel rekonstruiert werde, sei „einzigartig“, schwärmt Philip Manow von der FAZ.¹⁵ Ihre Analyse ist, zumindest für Deutschland, empirisch abgesichert, auch differenziert. Bei ihrer Deutung arbeitet sie jedoch auch mit Stereotypen, dann etwa, wenn sie zwischen den liberalen Kosmopoliten und der Finanzelite nicht genügend unterscheidet.

Für die Autorin besteht die „methodologische Herausforderung“ nach eigenen Angaben darin, „ein Konfliktgeschehen zu untersuchen, bei dem die Untersucher wissenschaftliche Objektivität beanspruchen, aber gleichzeitig unweigerlich selbst – buchstäblich – Partei“ ergreifen, „da sie als [...] Akademiker einer spezifischen Sozialklasse angehören und als (zumeist links oder liberal eingestellte) Sozialwissenschaftler in weltanschaulicher Opposition zu den Positionen der AfD oder anderer Rechtsparteien“ stünden. (31) Die von Koppetsch verwendete Methode der „theoriegeleiteten Empathie“ beruhe nach ihren Angaben auf dem Prinzip „des kontrollierten Fremdverstehens“. Das zweite methodische Prinzip bestehe darin, die Untersuchungsperspektive insgesamt zu erweitern, um die Narrative der rechten Protestparteien auf ihren Realitätsgehalt zu überprüfen. (33) Anders als Koppetsch plädiert der Frankfurter Philosoph Rainer Forst unter dem Namen Kritische Theorie für ein wissenschaftliches Unterfangen, das versucht, gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnis und philosophische Reflexion zum Zweck der

gesellschaftlichen Emanzipation, der Beförderung vernünftiger Zustände, zusammenzuführen.¹⁶ Forst macht deutlich, dass selbst bei einer prozeduralistischen Konzeption von Vernünftigkeit und Rechtfertigbarkeit politischen Handelns, Menschenrechte *nicht* diskursiv verhandelbar sein können, weil sie Grundlage des Diskurses und diesem demnach logisch „vorgeordnet“ sind.¹⁷ Das rechtsstaatliche System ist eine notwendige Bedingung, um das demokratische Verfahren demokratietheoretischen Diskussion zu ermöglichen (190).

Zwar beschreibt die Autorin den Aufstieg des Rechtsnationalismus als Konterrevolution gegen die Errungenschaften von 1968. Doch nach der Lektüre des Buches bleibt der Eindruck, dass Koppetsch die Deskription der Verhältnisse und das „kontrollierte Fremdverstehen“ der Rechtsparteien und ihrer Wähler in den Mittelpunkt stellt und zu wenig zwischen der heutigen Konfliktlinie national/kosmopolitisch differenziert. Eine normative kritische Perspektive wird zu selten eingenommen. Liberalismus wird auf den „progressiven Neoliberalismus“, der mit dem Neoliberalismus kollaboriere, verkürzt. Koppetsch trennt weitgehend die soziologischen Erkenntnisse von der philosophischen Reflexion und richtet ihre „Deutungsschablone“ allein auf soziale Lagen und Interessen und damit *de facto* auf begründende Rechtfertigungsnarrative und Machtverhältnisse. Dabei zielt ihr Erklärungsmodell allzu polemisch und moralisch aufgeladen auf die Lebensweisen der großstädtischen neuen Mittelschichten als Teil eines Volkes von Scheinheiligen: Auf die Latte-macchiato trinkenden und Englisch sprechenden egoistischen liberalen Kosmopoliten. Die moralisch verfeinerten Kosmopoliten in den bunten Stadtvierteln würden die sozialen

Konflikte, die sie selbst mitverantworteten, verdrängen. Koppetsch bezeichnet die akademische Mittelschicht gar als „Mittäter“ des Neoliberalismus. (60) Damit korrespondiere „ein gespaltenes Bewusstsein“: Die Privilegierten trennten „eine ›reine‹ Moral der Solidarität“ von den sie umgebenden Marktstrukturen ab. Die Autorin wirft die liberalen Kosmopoliten in einen Topf mit der kleinen Finanzelite, die einen wachsenden Anteil des Reichtums besitzt und einen disproportional großen Einfluss auf die Politik hat. Man denke nur an die Koch-Brüder, an Sheldon Adelson oder Robert Mercer. Die liberalen intellektuellen Eliten, die die Neue Rechte bekämpft, verfügen nicht einmal über einen Bruchteil des Vermögens und Einflusses von Jeff Bezos, Bill Gates oder Tim Cook. Während Gates die Hälfte seines Privatvermögens zur Bekämpfung von Aids in Afrika einsetzt und Jeff Bezos in einem gemeinsamen Schreiben von rund 200 Unternehmenschefs inzwischen einen gerechteren Kapitalismus fordert,¹⁸ nutzen die Koch-Brüder als Produzenten von Erdöl, Erdgas, Chemie und Kunstdünger, ihr Geld für die Bekämpfung der Theorie des menschengemachten Klimawandels.

Koppetsch erkennt die emanzipatorische Rolle jener liberalen Eliten, die sich nicht über ihren materiellen Wohlstand definieren, sondern über ihre Bildung. Ihr Status beruht weit mehr auf dem kulturellen Kapital. Die von Koppetsch lancierte Meinung, die liberalen Kosmopoliten interessierten sich nur für ihre Karriere, ist einseitig gefärbt. Viele engagieren sich in Netzwerken oder NGOs. Gerade ihr Universalismus ist den Neonationalisten ein Dorn im Auge. Studien zeigen, dass die meisten liberalen Kosmopoliten, „ob Akademiker, Künstler oder Journalistinnen, starke nor-

mative Überzeugungen“, haben. Viele plädieren und arbeiten für eine gerechte und ökologische Welt, haben ein „sehr gut ausgebildetes soziales Bewusstsein“ und stellen an sich in der Regel hohe moralische Anforderungen, notiert Carlo Strenger in seinem lesenswerten Essay *Diese verdammten liberalen Eliten. Wer sie sind und warum wir sie brauchen*. (2019)¹⁹ Das von Karl Raimund Popper entwickelte Konzept der offenen Gesellschaft bildet die Grundlage des Systems, dem die liberalen Kosmopoliten anhängen. Ihre „Sicht auf die Welt ist unerlässlich, wenn wir die Herausforderungen bewältigen wollen, vor denen die Menschheit steht“. „Die liberalen Kosmopoliten sind für die Wissenschaft und die Wirtschaft unentbehrlich“, bemerkt Strenger.²⁰ Sie bilden die Speerspitze im Kampf gegen Krankheiten, Klimawandel, Terror, Armut und ökonomischer Ungleichheit. „In dieser Hinsicht“, so Strenger weiter, „können sie vielleicht als Erben jener Repräsentanten der Aufklärung gelten, die im 17. und 18. Jahrhundert einen Modernisierungsprozess entfesselten.“²¹ Wegen ihrer Bildung sind gerade die liberalen Kosmopoliten dazu befähigt, den Angriffen der Rechtsnationalisten auf die Wahrheit entgegenzutreten.

Dass manche Kosmopoliten dem Ideal der Leistungsgesellschaft folgen, exklusive Lebensstile bevorzugen, ihre Kinder auf Privatschulen schicken, in hochpreisigen Stadtquartieren wohnen, kulturell eher unter sich bleiben, viel fliegen und Fleisch essen, sollte man nicht verallgemeinern und mag man als unsolidarisch bezeichnen. Ich glaube: es ist menschlich. Schließlich wollen die meisten von uns den besten Arzt, den besten Lehrer/in, die schönste Wohnung usw. Gleichwohl gibt es auch seelenlose Geschäftsleute und Karrieris-

ten, die glauben, sie stünden außerhalb der Moral. Koppetsch kritisiert die Politik des Neoliberalismus, fordert aber keine Gesetze, um dessen unsoziale und ökologische Folgen zu begrenzen. Politik verkommt so zu einer Neiddebatte und zu einem moralischen Apell an Einzelne, ihre angebliche unsoziale Lebensweise zu ändern, statt gesellschaftlich zu gestalten und entsprechende Gesetze von der Politik einzufordern. Die Befreiung der Sklaven verringerte die Freiheit ihrer Herren, ebenso verringerten die Arbeits- und Sozialgesetze die Freiheit der Unternehmer. All diese Gesetze haben die Freiheit des Menschen, andere Menschen auszubeuten, eingeschränkt. Die Entscheidungen fielen nicht zu Hause, sondern im Parlament. Auch der Klimawandel mag ein privates Problem sein, aber er ist vor allem ein politisches. Mit dem Akt einer freiwilligen Selbstverpflichtung können wir die Klimakrise und andere Krisen nicht lösen, sondern nur mit dem Ordnungsrecht. Die kritische Philosophie nimmt jene Narrative und Machtbeziehungen von einem normativen Standpunkt aus in den Blick und fragt nach ihrer Vernünftigkeit zum Zweck der gesellschaftlichen Emanzipation. Wir müssen darauf achten, dass uns der Begriff der liberalen Demokratie nicht verloren geht. Ihre Entwicklung hängt davon ab, ob sie grenzüberschreitend Macht gewinnt. Die politische Steuerung der globalen Ökonomie kommt allen zugute. Die Zukunft gehört denjenigen, denen es gelingt, die beide Elemente national und international auf einer neuen Integrationsstufe in sich zu vereinigen, Heimat und offene Gesellschaft, Progression und Bewahrung, dies aber auf dem Boden von Rechtsstaat und Menschenrechten.

Anmerkungen:

¹ Cornelia Koppetsch: *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*, 2019 Bielefeld.

² Omri Boehm: „Identitätspolitik. Wer ist das Wir?“, *Die Zeit*, 34/2017, 16.08.2017, <https://www.zeit.de/2017/34/mark-lilla-usa-linke-donald-trump>, letzter Zugriff: 28.08.2017.

³ Sahra Wagenknecht: „Warum wir eine neue Sammlungsbewegung brauchen“, *Welt*, 25.06.2018, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article178121522/Gastbeitrag-Warum-wir-eine-neue-Sammlungsbewegung-brauchen.html>, letzter Zugriff: 08.10.2018.

⁴ Bernd Stegemann: „Der gute Mensch und seine Lügen“, *Die Zeit* Nr. 9, 23.02.2017, S. 37.

⁵ Alexander Gauland: „Warum muss es Populismus sein?“ *FAZ*, 06.10.2018, S. 8.

⁶ Jürgen Trittin: *Grün – nicht liberal*. Veröffentlicht am 23. Juli 2018, <https://www.trittin.de/2018/07/23/gruen-nicht-liberal/>, letzter Zugriff: 06.06.2019.

⁷ David Sexton: „Immigration: why the public is right.“ *London Evening Standard*, 28. März 2013, abgerufen am 29. März 2019.

⁸ Vgl. <https://www.zeit.de/2018/08/marc-jongen-afd-kulturbetrieb-entsiffung-aussage>, letzter Zugriff: 09.02.2019.

⁹ Berthold Kohler: „Phantasien der AfD: Früher nannte man das Säuberung“, *FAZ* 05.09.2018 <http://www.faz.net/aktuell/politik/afd-phantasien-von-alexander-gauland-man-nannte-es-saeuberung-15773410.html?GEPC=s5>.

¹⁰ Fatina Keilani: „Demokratie-Skepsis unter AfD-Wählern am größten“, *Der Tagesspiegel*, 22.08.2019, S.1.

¹¹ Benedikt Kaiser: „Das Reich des kleineren Übels“, *Sezession*, <https://sezession.de/59139/jean-claude-michea-das-reich-des-kleineren-uebels>, letzter Zugriff: 08.07.2019.

¹² Carl Zuckmeyer: *Als wäre es ein Stück von mir*, Frankfurt/Main 2007³³, S. 30f.

¹³ Maria Fiedler: „Grobe Linie“, *Der Tagesspiegel*, 27.08.2019, S.3.

¹⁴ Adam Soboczynski: „Die Sehnsucht nach Restauration“, *Die Zeit* 23/2019, 28.05.2019, <https://www.zeit.de/2019/23/cornelia-koppetsch-soziologin-kosmopolitismus-rechtspopulismus>, letzter Zugriff: 20.08.2019.

¹⁵ Philip Manow: „Die Dimension der Provokation“, *FAZ*, 19.06.2019, <https://www.faz.net/aktuell/>

[feuilleton/buecher/die-gesellschaft-des-zorns-cornelia-koppetsch-zu-rechtspopulismus-16226871.html](https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/die-gesellschaft-des-zorns-cornelia-koppetsch-zu-rechtspopulismus-16226871.html), letzter Zugriff: 20.08.2019.

¹⁶ Rainer Forst: *Normativität und Macht. Zur Analyse sozialer Rechtfertigungsordnungen*, Berlin, 2015.

¹⁷ Alexy, Robert: *Theorie der Grundrechte*, Frankfurt am Main, 1994, S. 501.

¹⁸ Juliane Schäuble: „US-Wirtschaft will nicht mehr nur Gewinne maximieren“, *TS* 20.08.2019 <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/revolution-innerhalb-des-kapitalismus-us-wirtschaft-will-nicht-mehr-nur-gewinne-maximieren/24923914.html>, letzter Zugriff: 25.08.2019.

¹⁹ Carlo Strenger: *Diese verdammten liberalen Eliten. Wer sie sind und warum wir sie brauchen*, Berlin 2019, S. 13.

²⁰ Ebd., S. 118.

²¹ Ebd., S. 35.

Zum Autor:

Bruno Heidlberger, *1951, 1987 Promotion zum Dr. phil., Studienrat für Geschichte, Politik, Philosophie. Lehraufträge an der TU Berlin und an der MHB Brandenburg. Verfasser von Essays und Rezensionen in philosophischen und politischen Fachzeitschriften.

Der Essay basiert auf Gedanken, die der Autor bereits in seinem Buch „Wohin geht unsere offene Gesellschaft? 1968 – Sein Erbe und seine Feinde“, Logos Verlag Berlin 2019, formuliert hat.